Die deutsch-japanischen Beziehungen während des Ersten Weltkrieges aus juristischer Perspektive

メタデータ	言語: eng 出版者: FACULTY OF LAW, MEIJI UNIVERSITY 公開日: 2020-05-27 キーワード (Ja): キーワード (En): 作成者: ハインリッヒ, メンクハウス メールアドレス: 所属:
URL	http://hdl.handle.net/10291/20791

Die deutsch-japanischen Beziehungen während des Ersten Weltkrieges aus juristischer Perspektive¹

Heinrich Menkhaus

I. Einleitung

Das Jahr 2020 ist u.a. als das Beethoven-Jahr ausgerufen worden. Es soll an dessen Geburtstag 1770, vor 250 Jahren, erinnern. Da er in Bonn geboren wurde und aufwuchs, liegt es nahe, bei einem Vortrag in der Nachbarstadt Königswinter mit Beethoven-Bezug zu beginnen: Am 1. Juni 1918 erlebte seine 9. Symphonie zusammen mit der „Ode an die Freude“ in dem kleinen Ort *Bandō*, heute Teil der Stadt *Naruto* in der Präfektur *Tokushima* auf der Insel *Shikoku* ihre japanische Uraufführung. Das Ereignis selbst führt mitten hinein in die deutsch-japanische Geschichte des Ersten Weltkrieges, denn die Instrumentalisten und Vokalistinnen dieser Aufführung waren deutsche Kriegsgefangene in einem japanischen Kriegsgefangenenlager.

Wie es dazu kam, soll hier geschildert werden. Dabei stehen die Deutschen und ihre Einrichtungen in Japan und den von Japan eroberten ehemaligen deutschen Gebieten in Ostasien und im Pazifik im Fokus. Die Situation der Japaner und ihrer Einrichtungen im Deutschen Reich bleibt unberücksichtigt.

2014 und 2018 sind dem 100. Jubiläum des Beginns und Endes des Ersten Weltkrieges verschiedene wissenschaftliche Veranstaltungen gewidmet worden. Dabei wurde der Erste Weltkrieg aus der Perspektive verschiedener Fachdisziplinen betrachtet. Die Juristische scheint dabei kaum beachtet worden zu sein². Es ist deshalb Ziel dieses Beitrags, diese Lücke wenigstens teilweise zu schließen.

Die Darstellung beginnt mit der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, widmet sich im Hauptteil der Zeit des Ersten Weltkrieges und wird mit der unmittelbaren Folgegeschichte beendet.

1 Erweiterte und um Fußnoten ergänzte Fassung eines Vortrages, den der Verfasser am 4. Oktober 2018 im Rahmen des Symposiums „Der Erste Weltkrieg und seine Folgen für das Zusammenleben der Völker in Mittel- und Ostmitteleuropa“ der Studiengruppe Politik und Völkerrecht der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Königswinter gehalten hat.

2 Vergleiche die von Maik Hendrik Sprotte angelegte Bibliographie zur historischen Japanforschung unter <https://www.historische-japanforschung.de/index.php?p=home>

II. Vorgeschichte

1. Territorialer Bestand

Spätestens mit der Verkündung der *Meiji*-Verfassung³ im Jahre 1889 wurde der Staat Japan als *dainippon teikoku* bezeichnet. Der Begriff wird ganz überwiegend mit Großjapanisches Reich in die deutsche Sprache übersetzt, obwohl im deutschen Recht unklar ist, was einen Staat zum Reich macht. Das Staatsgebiet dieses Großjapanischen Reiches sah zu Beginn des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914 anders aus als das japanische Staatsgebiet heute. Infolge unterschiedlicher Erwerbstatbestände gehörten nicht nur die Inseln, die heute Japan⁴ ausmachen, dazu, sondern seit 1875 auf der Basis eines Vertrages zwischen Japan und Russland auch die sog. nördlichen Kurilen bis zur Halbinsel Kamchatka⁵ und infolge des für Japan siegreichen japanisch-chinesischen Krieges von 1893/1894 nach dem Friedensvertrag von *Shimonoseki* Formosa (*taiwan*) und die Pescadores-Inseln (*senkaku shotō*)⁶. Der ebenfalls für Japan siegreiche japanisch-russische Krieg von 1903/04 überführte vermittels des Friedensvertrages von Portsmouth die Südhälfte der Insel Sachalin (*karafuto*) in japanisches Staatsgebiet und transferierte die 1898 durch Russland von China gepachtete südliche Spitze der chinesischen *Liaotung*-Halbinsel, das sog. *Kwantung*-Areal, in japanisches Pachtgebiet⁷. Im Jahre 1910 schließlich annektierte Japan die koreanische Halbinsel (*chosen hantō*).

Warum Japan – auch unter Einsatz militärischer Mittel – sein Staatsgebiet in Ostasien zu arrondieren trachtete, ist nicht abschließend geklärt. Zumeist wird gesagt, Japan habe zur Großmacht aufsteigen wollen und sei deshalb ein gelehriger Schüler des westlichen Imperialismus gewesen. Aber Gebietsansprüche auf die koreanische Halbinsel wurden von

-
- 3 *Dainippon Teikoku Kenpō*, Original abgedruckt in *Wagatsuma*, Sakae: *Kyūhōreishū* (Sammlung alter Gesetze). *Yūhikaku: Tōkyō* 1968, S. 13–15. Deutsche Übersetzungen in Brunn, Paul: Die japanische Verfassungsurkunde. Berlin: Heymanns 1890; ders.: Die japanische Verfassungsurkunde. Leipzig: Philipp Reclam 1898; Sell, Kurt: Japan, in Posener, Paul (Hg.), Die Staatsverfassungen des Erdballs. Charlottenburg: Fichtner 1909, S. 920–934; Matsunami, Niichiro: Die japanische Verfassung, in: Nippon, Zeitschrift für Japanologie 7/1 (1941), S. 1–9; Fujii, Shinichi: Japanisches Verfassungsrecht. Tokyo: Yuhikaku 1941, S. 457–469; Röhl, Wilhelm: Die japanische Verfassung. Frankfurt/Main: Metzner 1963, S. 147–152; Matsunami, Niichiro: Die japanische Verfassung vom 11. Februar 1889, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 40–41 (1964), S. 8–12; Siemes, Johannes: Die Gründung des modernen japanischen Staates und das deutsche Staatsrecht. Berlin: Duncker & Humblot 1975, S. 86–91; Heuser, Robert/Yamazaki, Kazuaki: Verfassungsrecht (Kempo) von Miyazawa Toshiyoshi. Köln: Carl Heymanns 1986, S. 289–296, Röhl, Wilhelm: Das japanische Verfassungsrecht, in: Oriens Extremus 33/1 (1990), S. 28–35 (ohne Präambel); Kokubun, Noriko: Die Bedeutung der deutschen für die japanische Staatslehre unter der Meiji-Verfassung. Lang: Frankfurt 1993, S. 223–230 (ohne Präambel); Schenck, Paul-Christian: Der deutsche Anteil an der Gestaltung des modernen japanischen Rechts- und Verfassungswesens. Stuttgart: Franz Steiner 1997, S. 344–353 (ohne Präambel); Ando, Junko: Die Entstehung der Meiji-Verfassung. München: Iudicium 2000, S. 240–248
- 4 Auf die Frage der völkerrechtlichen Zuordnung der heute im Streit befindlichen südlichen Kurilen (*hoppō ryōdō*), der Insel *Tokushima* und der *Senkaku*-Inseln wird hier nicht eingegangen.
- 5 Adami, Nobert R.: Wessen sind die älteren Rechte. Zum russisch-japanischen Streit über die Kurilen. OAG: Tokyo 1991
- 6 Kajima, Morinosuke: Der Japanisch-Chinesische Krieg und die Drei-Mächte-Intervention. The Japan Times: Tokyo 1979
- 7 Kajima, Morinosuke: Der Japanisch-Russische Krieg. The Japan Times: Tokyo 1980

Japan schon im Altertum geltend gemacht⁸ und danach immer wieder umzusetzen versucht⁹. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob Japan, das dem Tributsystem Chinas als Vasallenstaat lange Zeit untergeordnet war, dieses System nicht einfach umkehren wollte.

Jedenfalls blieben die Fragen der Verteilung der Landmasse Ostasiens unter die dort um Einfluss streitenden Staaten beherrschendes Thema auch der Zeit des Ersten Weltkrieges.

Das Deutsche Reich beteiligte sich aktiv an diesen Auseinandersetzungen. Der langjährige diplomatische Vertreter zunächst Preußens, später des Norddeutschen Bundes und schließlich des Deutschen Reiches in Japan, Max von Brandt, forderte unverhohlen die Kolonialisierung der nördlichsten Hauptinsel des japanischen Archipels: *Hokkaidō*¹⁰, ohne damit freilich bei Bismarck, der in Fragen der Kolonisation zurückhaltend war, durchzudringen. In der sog. Tripelintervention (*sankoku kanshō*) von 1895 erreichte das Deutsche Reich zusammen mit Frankreich und Russland, dass Japan auf die ihm im japanisch-chinesischen Friedensvertrag von *Shimonoseki* zugesprochene chinesische Halbinsel *Liaotung* verzichtete¹¹. Die Ermordung zweier deutscher Missionare in China im Jahre 1897 wurde als Vorwand genutzt, die *Kiautschou*-Bucht auf der chinesischen *Schantung*-Halbinsel zu besetzen, die schon die Eulenburg-Mission 1860 in Augenschein genommen, die Ferdinand von Richthofen nach seiner 1868-1870 erfolgten China-Reise als möglichen deutschen Marinestützpunkt in Ostasien ausgemacht und die Admiral von Tirpitz zuletzt 1896 begutachtet hatte. 1898 folgte der deutsch-chinesische Pachtvertrag¹² über das *Kiautschou*-Gebiet, das die Stadt *Tsingtau* umfasste. Der sog. „Boxeraufstand“ in China schließlich veranlasste u.a. eine militärische Intervention des Deutschen Reiches im Jahre 1900 zugunsten der von den aufständischen Chinesen bedrohten Ausländer in Gesandtschaftsviertel von *Peking*.

Doch nicht nur im Hinblick auf die ostasiatische Landmasse war das Deutsche Reich aktiv, es war auch an Inseln im Pazifik interessiert, wo Kolonien begründet wurden und deutsche Kaufleute die Voraussetzungen für die Überführung verschiedener Inselgruppen in deutsche Schutzgebiete vorbereitet hatten. Schon 1878 wurde Samoa besetzt, 1888 die Marshall-Inseln, Nauru, ein Teil der Salomon-Inseln, der sog. Bismarck-Archipel und ein Teil Neuguineas erworben. Ein Regierungsabkommen mit Spanien¹³ im Jahre 1899 führte dann die Karolinen, die Marianen und Palao dem insgesamt weiträumigen Kolonialgebiet des Deutschen Reiches

8 Egami, Namio: Light on Japanese Cultural Origins from Historical Archeology and Legend, in: Smith, Robert J./Beardsley, Richard K. (Hg.): Japanese Culture – Its Development and Characteristics. Wenner-Gren Foundation for Anthropological Research: New York 1962, S. 11, 14 f.

9 Feldzüge *Toyotomi Hideyoshis* von 1592-1598 und die sog. *seikanron*-Debatte im noch jungen *Meiji*-Staat über die Eroberung *Koreas*, die 1873 ihren Höhepunkt hatte.

10 Wippich, Rolf-Harald: Japan als Kolonie? Max von Brandts Hokkaido-Projekt 1865/1867. Abera: Hamburg 1997

11 Wippich, Rolf-Harald: Japan und die deutsche Fernostpolitik 1894-1898. Vom Ausbruch des Chinesisch-Japanischen Krieges bis zur Besetzung der *Kiautschou*-Bucht. Ein Beitrag zur Wilhelminischen Weltpolitik. Franz Steiner: Stuttgart 1987

12 Text unter <https://deutsche-schutzgebiete.de/wordpress/projekte/kolonien/kiautschou/kiautschou-pachtvertrag-1898/>

13 Text unter <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b84420476>

im Pazifik zu¹⁴.

Warum sich das Deutsche Reich in Ostasien und im Pazifik engagierte, obwohl diese Gebiete geographisch so weit entfernt liegen, dass sie auf der Basis der seinerzeitigen deutschen militärischen Logistik nicht zu verteidigen waren, ist ebenfalls im Ergebnis nicht geklärt. Neben wirtschaftlichen Interessen dürften dabei Großmachtbestrebungen verantwortlich gewesen sein, die von dem Gefühl eines Zuspätkommens bei der Kolonisierung der Erde genährt wurden.

Das Deutsche Reich und das Großjapanische Reich waren jedenfalls bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges geographisch in mehrfacher Hinsicht Nachbarn.

2. Völkervertragsrechtliche Situation

Eine multilaterale übernationale Rechtsordnung war seinerzeit nur in wenigen Ansätzen – z.B. der Haager Landkriegsordnung¹⁵ – verwirklicht. Entscheidend waren die bilateralen völkerrechtlichen Verträge. Bilateral waren das Deutsche Reich und Großjapanische Reich durch das Handels- und Zollabkommen aus dem Jahre 1911¹⁶ miteinander verbunden¹⁷.

1861 hatte Preussen einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit dem noch unter einer Shogunats-Regierung stehenden Japan geschlossen¹⁸. Dieser war einer der sog. „ungleichen“ Verträge mit westlichen Staaten. Ungleich deshalb, weil die Souveränität Japans als Staat durch die westlichen Signatarmächte nicht in vollem Umfang anerkannt wurde. Insbesondere die Exterritorialität der in Japan lebenden Staatsangehörigen der Signatarstaaten, die sog. einseitige Meistbegünstigung, die den Vertragspartnern Japans gegenseitig Vorteile verschaffte, Japan aber leer ausgehen ließ und Vorbehalte bei der Festsetzung von Zöllen, insbesondere bei der Festlegung von Importzöllen, schränkten die Souveränität Japans ein. Diese Bedingungen blieben bei der Umschreibung des Vertrages von Preußen auf den Norddeutschen Bund im Jahre 1869¹⁹ unverändert. Die Situation änderte sich erst mit dem Handels- und Schiffahrtsvertrag von 1896²⁰. Dieser hob bei seinem Inkrafttreten im Jahre 1899 die Exterritorialität und die einseitige Meistbegünstigung auf. Aus der Existenz eines Zolltarifes im Anhang dieses Vertrages folgt, dass die Freiheit der Festsetzung von Importzöllen der japanischen Seite noch immer nicht in vollem Umfang zugestanden wurde. Das erfolgte erst

14 Bittner, Dirk: Große illustrierte Geschichte der deutschen Südsee-Kolonien. Melchior: Wolfenbüttel 2013

15 Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriege
<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/18990009/197906010000/0.515.111.pdf>

16 Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Japan nebst zugehörigem Zollabkommen, Reichsgesetzblatt 1911, S. 477 ff.

17 Der Konsularvertrag mit dem Deutschen Reich von 1896 trat am 17. Juli 1911 außer Kraft. Durch Notenaustausch vom 7. Juli 1911 (Reichtsgesetzblatt 1911, S. 867 ff.) wurde zwischen der deutschen und japanischen Regierung eine vorläufige Regelung des Konsularwesens vereinbart.

18 Gesetzsammlung für die Königlich-Preußischen Staaten 1864, S. 461 ff.

19 Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und den zu diesem Bunde nicht gehörigen Mitgliedern des Deutschen Zoll- und Handelsvereins einerseits und Japan andererseits, Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes 1870, S. 1 ff.

20 Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Japan, Reichsgesetzblatt 1896, S. 715 ff.

mit dem angesprochenen Abkommen aus dem Jahre 1911.

Sichtbares Ergebnis der Verträge war die Einrichtung einer deutschen diplomatischen Vertretung, die mit dem Inkrafttreten des japanisch-preußischen Vertrages 1863 ihre Arbeit aufnahm. Außerdem kam es zur Öffnung vertraglich bestimmter japanischer Häfen, deren Zahl im Laufe der Jahre wuchs. Im Jahre 2019 beispielsweise jährte sich die Öffnung des Hafens der japanischen Stadt *Niigata* für die Vertragsmächte zum 150. Mal, was dort zum Anlass für die Errichtung eines Denkmals am Standort des ehemaligen deutschen Konsulats genommen wurde²¹.

Das Deutsche Reich und das Großjapanische Reich waren ihrerseits über bilaterale Verträge mit Drittstaaten verbunden. Das Deutsche Reich unterhielt solche mit mehreren Staaten, die territoriale Interessen in Ostasien unterhielten: China, Frankreich und Russland. Auch das Großjapanische Reich war Vertragspartner bilateraler Verträge mit diesen Staaten. Hinzu kam hier indes ein im Jahre 1902 mit der stärksten Kolonialmacht in Asien, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Irland, geschlossener Vertrag²². Die Gründe für diesen Vertragsschluss waren vielfältig. Den Briten ging es um die Sicherung ihres Kolonialbestandes in Ostasien, der von mehreren Staaten bedroht war, auch durch Japan selbst, das sein Territorium in Ostasien zu vergrößern begonnen hatte. Es zeigt sich eine deutliche Annäherung zwischen dem Vereinigten Königreich und Japan seit dem Jahre 1894, dem Jahr, in dem das Vereinigte Königreich als erstes unter den westlichen Signatarstaaten der Revision der „ungleichen“ Verträge mit Japan zustimmte, bis zum Bündnis des Jahres 1902.

3. Deutsche Staatsangehörige in Japan

Grundsätzlich gestattete erst der preußisch-japanische Vertrag von 1861 mit seinem Inkrafttreten im Jahre 1863 den Aufenthalt von Preußen in Japan. Tatsächlich waren Deutsche – nicht nur Preußen – schon vorher in Japan ansässig. Das gilt insbesondere für die Zeit ab 1855, dem Jahr, in dem die ersten Häfen, nämlich *Shimoda* und *Hakodate* für den Handel mit den Vereinigten Staaten von Amerika, die den ersten „ungleichen“ Vertrag mit Japan im Jahre 1854 geschlossen hatten, geöffnet wurden. Diese Deutschen kamen auf Schiffen nach Japan, die unter der Flagge eines Signatarstaates segelten, der Preußen bei der Öffnung Japans zuvorgekommen war. Sie mussten ihre Staatsangehörigkeit verschleiern, was aber offenbar ohne Schwierigkeiten möglich war. Viele von ihnen weigerten sich später, als die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und Preußen im Jahre 1863 erfolgt war, sich unter den diplomatischen Schutz Preußens zu stellen. Diese Weigerung hängt damit zusammen, dass der diplomatische Schutz durch die anderen Staaten stärker war, als die des Neulings Preußen, und damit, dass der diplomatische Vertreter Preußens in Japan mit einem Status ausgestattet wurde, der den Usancen des Völkerrechts widersprach, nämlich dem eines „Konsuls in Japan“, einer Funktion mit der auch prompt niemand etwas anfangen konnte, weil seine Rechte und Pflichten nicht eindeutig waren²³.

21 <https://jdg-niigata.jimdo.com/>

22 Cramer, Anneliese: Die Beziehungen zwischen England und Japan von 1894-1902. Bernhard Sporn: Zeulenroda 1935

23 Wippich, Rolf-Harald: „Strich mit Mütze“. Max von Brandt und Japan – Diplomat, Publizist, Propagandist. OAG: Tokyo 1995, S. 27 ff.

Mit den in Bezug genommenen Revisions-Verträgen, die 1899 in Kraft traten, wurde die Beschränkung der für die Staatsangehörigen der Signatarmächte anlaufbaren Häfen in Japan und deren eingeschränkte Bewegungsfreiheit auf designierte Gebiete (*kōryūchi*, englisch sog. Settlements) in diesen Hafenstädten aufgehoben. An diese räumlichen Restriktionen waren die deutschen Diplomaten und die von der japanischen Regierung und ihren Einrichtungen angestellten Deutschen, die zur Schulung und Beratung der Japaner auf verschiedenen Wissensgebieten nach Japan eingeladen waren, von vornherein nicht gebunden. Da die Verträge dieser als Kontraktausländer (*oyatoi gaikokujin*)²⁴ bezeichneten Personen im Jahre 1914 unabhängig vom Kriegsbeginn ausliefen, blieben nur einige wenige von ihnen im Land. An ihre Stelle traten aber zunehmend deutsche Lehrer für den Deutschunterricht an den japanischen Oberschulen des alten Erziehungssystems (*kyū kōtōgakkō*).

Sowohl die Geschichte der Kaufleute als auch die Geschichte der Kontraktausländer und Deutschlehrer ist bis heute nicht aufgearbeitet worden. Es fehlen insbesondere Erörterungen zum in Japan seinerzeit geltenden Ausländerrecht, insbesondere zur Frage des Aufenthaltsrechts und der Arbeitserlaubnis, sowie Familien- und Staatsangehörigkeitsrecht. Wohl auch aus diesem Grunde gibt es keine verlässlichen Zahlen über die Anzahl der Deutschen, die sich zu Beginn des Ersten Weltkriegs in Japan aufhielten.

4. Wirtschaftliche Beziehungen

Die Frage, warum Japan im Gegensatz zu so vielen anderen Staaten in Asien nicht kolonisiert wurde, ist ebenfalls bis heute unbeantwortet. Ein Grund könnte darin liegen, dass man sich wirtschaftlich von einer solchen Maßnahme nicht viel versprach. Immerhin hatten die im Jahre 1613 zum Handelsverkehr mit Japan zugelassenen Briten ihre Niederlassung schon zehn Jahre später mit der Begründung wieder geschlossen, dass sich der Handel nicht lohne. Nur die Niederländer, die ihr Handelsprivileg schon im Jahre 1609 – damals noch als Angehörige des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation – erhalten hatten, harrten bis 1856 in Japan aus, dem Jahr, in dem sie ihren eigenen „ungleichen“ Vertrag mit Japan abschließen konnten und damit aus einer Position der Abhängigkeit in eine den anderen westlichen Signatarstaaten vergleichbare Superiorität einrückten. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika, die – wie ausgeführt – als erste westliche Macht 1854 Japan öffnete, hatten nicht den Handel im Auge, sondern den US-Amerikanern ging es um die Öffnung japanischer Häfen zur Versorgung ihrer großen auf Hawai'i stationierten Walfangflotte im Pazifik und um die Lagerung von Kohle für die von ihnen im Handel mit China eingesetzten Dampfschiffe. Auch Preußen kam nicht in erster Linie wegen wirtschaftlicher Anreize nach Japan. Vielmehr ging es um die noch offene Frage der Führungsnation bei der Gründung des Zweiten Deutschen Kaiserreichs: Habsburg-Österreich oder Hohenzollern-Preußen. Preußen lag vorn; Österreich-Ungarn kam erst 1869

24 Siehe zu den deutschen Juristen, die als Kontraktausländer in Japan arbeiteten: Menkhaus, Heinrich: Dokkyō Universität und Vermittlung deutschen Rechts in Japan http://www.dokkyo.ac.jp/kokuse/pdf/2011/menkhaus_all.pdf; ders.: Deutsche Juristen in Japan während der Meiji-Zeit – Probleme bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer Arbeit, in: *Shin, Yu-Cheol* (Hg.), *Rezeption europäischer Rechte in Ostasien. Bobmunsa: Seoul* 2013, S. 71-85; ders.: Die deutsche wissenschaftliche Beschäftigung mit dem japanischen Recht, in: Yamauchi, Koresuke/Ebke, Werner F.(Hg.): *Meilensteine im Internationalen Privat- und Wirtschaftsrecht. Festgabe für Bernhard Großfeld und Otto Sandrock. Chūō Universität: Tōkyō* 2014, S. 77 ff.

zum „ungleichen“ Vertrag mit Japan, dessen 150jährige Geschichte im Jahre 2019 gefeiert wurde.

Die Einstellung gegenüber dem Handel änderte sich im Laufe der Jahre und die ab 1858 geschlossenen neuen bzw. revidierten „ungleichen“ Verträge mit Japan hatten den Handel zum Gegenstand. Preußen entsandte im Jahre 1873/74 eigens eine Person zur Auskundschaftung der wirtschaftlichen Möglichkeiten, Johannes Justus Rein, der ein zweibändiges Werk über Japan²⁵ als eine Art befürwortendes Gutachten vorlegte. Dennoch blieb die Anzahl der von deutschen Kaufleuten in Japan gegründeten Unternehmen gering, wie sich einer Aufstellung aus dem Jahre 1913²⁶ entnehmen lässt. Diese waren naturgemäß stark auf den Handel mit Produkten des Deutschen Reiches ausgerichtet, wobei Waffenexporte nach Japan eine nicht geringe Rolle spielten. Dabei schreckten die Unternehmen auch nicht vor Bestechung japanischer Beamter zurück, was sich z.B. im sog. Siemens-Skandal zeigte, der sein gerichtliches Nachspiel im ersten Kriegsjahr 1914 erlebte²⁷.

5. Kenntnisse über Japan

Die wissenschaftliche Befassung mit Japan stand seinerzeit im Deutschen Reich noch ganz am Anfang. 1873 war in Japan die noch heute existente Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (Ost-Asiatische Gesellschaft: OAG)²⁸ gegründet worden und für das akademische Jahr 1878/79 sind die ersten Lehrveranstaltungen zu Japan an deutschen Universitäten nachweisbar. Der schon genannte Rein²⁹, der nach seiner Rückkehr aus Japan an der Universität Marburg den Lehrstuhl für Geographie besetzte, gehörte ebenso zu den Pionieren wie der Jurist Georg von der Gabelentz als Inhaber des Lehrstuhls für ostasiatische Sprachen an der Universität Leipzig, der freilich nie in Japan gewesen war. Das 1887 in Berlin eingerichtete Seminar für Orientalische Sprachen (SOS) nahm im selben Jahr den Unterricht in der japanischen Sprache auf³⁰. Es war nicht so sehr auf eine wissenschaftliche Aufarbeitung Japans gerichtet, als vielmehr auf eine Ausbildung der in die jeweilige deutsche Kolonialverwaltung oder diplomatischen Vertretung zu entsendenden Beamten. Insgesamt ist erstaunlich, wie wenig sich die von Japan ins Deutsche Reich zurückkehrenden deutschen Kontraktausländer an der Verbreitung von Wissen über Japan beteiligten, was wahrscheinlich mit ihren durchgehend fehlenden Kenntnissen der japanischen Sprache und Schrift zusammenhängt, aber auch mit der fehlenden Infrastruktur für Japan in der seinerzeitigen deutschen Wissenschaftslandschaft. Erst 1914 wurde am Kolonialinstitut (sic!) Hamburg ein Lehrstuhl für Japanologie eingerichtet³¹. Damit fand die bis heute nachwirkende verhängnisvolle

25 Japan nach Reisen und Studien im Auftrage der Königlich Preußischen Regierung. Engelmann: Leipzig 1881 und 1886

26 Scholz, Otto/Vogt, Karl (Hg.): Handbuch für den Verkehr mit Japan. Carl Heymanns: Berlin 1913, S. 4-9.

27 Vogt, Karl: Aus der Lebenschronik eines Japandeutschen 1897-1941. Selbstverlag: Tokyo 1962, S. 33 ff.

28 Spang, Christian W.: Anmerkungen zur frühen OAG-Geschichte bis zur Eintragung als „japanischer Verein“ (1904), in: Nachrichten der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens 179/180 (2006) S. 67 ff.

29 Koch, Matthias/Conrad, Sebastian (Hg.): Johannes Justus Rein. Briefe eines deutschen Geographen aus Japan 1873-1875. Iudicium: München 2006

30 Brochlos, Astrid: Das Seminar für Orientalische Sprachen an der Berliner Universität und die japanbezogene Lehre, in: Krebs, Gerhard (Hg.): Japan und Preußen. Iudicium: München 2002, S. 145 ff.

31 Quenzer, Jörg B.: Zur Geschichte der Abteilung für Sprache und Kultur Japans, in: Paul, Ludwig (Hg.):

Verortung der geisteswissenschaftlichen Japanforschung unter dem Dach einer Japanologie getauften Einrichtung an deutschen Hochschulen ihren Ausgangspunkt.

Das Auswärtige Amt selbst war personell dünn besetzt und verfügte lange Zeit nicht über Japanspezialisten³². Die erfolgreichen Absolventen des Japanisch-Kurses im Seminar für Orientalische Sprachen (SOS) wurden zwar als Mitarbeiter akzeptiert, allerdings nicht im Auswärtigen Amt selbst, sondern nur in den deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland und dort verharrten sie lange Zeit in der Position bloßer Sprachmittler für die Diplomaten.

6. Zusammenfassung

Zum Zeitpunkt des Ausbruches des Ersten Weltkrieges waren nicht nur die als Großmächte anerkannten Staaten Vereinigtes Königreich, Frankreich und Russland in Ostasien aktiv, sondern auch zwei Neuankömmlinge mit Großmachtambitionen, nämlich das Deutsche Reich und das Großjapanische Reich. Das ging natürlich nicht ohne Reibungen mit den etablierten Mächten und zwischen den beiden Neuen ab. Die deutsche Attitüde gegenüber Japan glich der Behandlung einer Kolonie, obwohl – wie ausgeführt – Japan keine solche wurde. Das Überlegenheitsgefühl der Deutschen entsprach jedoch dem der anderen europäischen Mächte und äußerte sich in den „ungleichen“ Verträgen. Trotz der Beliebtheit deutscher Kontraktausländer in Japan, die soweit ging, dass die Briten von den „German Measles“ sprachen, die die Japaner befallen hätten, wurde Japan im Deutschen Reich politisch nicht ernst genommen, wie bei der Tripelintervention deutlich wurde, bei der das Deutsche Reich die eher guten, jedenfalls aber unbelasteten Beziehungen zu Japan auf dem Altar europäisch ausgerichteter Machtkalküle opferte. Angesichts des erfolgreichen kriegerischen Vorgehens Japans in Ostasien entstand schließlich sogar ausgerechnet in Deutschland das Schlagwort von der „Gelben Gefahr“, die es einzudämmen gelte³³.

III. Erster Weltkrieg

1. Japanisch-Deutscher Krieg

In den Anlass für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges war Japan nicht involviert. Aber es witterte als Verbündeter des Vereinigten Königreiches sogleich seine Chance, die schwächste in Ostasien und im Pazifik vertretene europäische Macht, das Deutsche Reich, aus seinen dortigen Positionen zu verdrängen, nachdem das Vereinigte Königreich am 4. August 1914 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte. Schon unter dem 15. August richtete Japan folgendes deutschsprachiges Ultimatum über die Deutsche Botschaft in *Tōkyō* an das Auswärtige Amt:

Vom Kolonialinstitut zum Asien-Afrika-Institut. 100 Jahre Asien- und Afrikawissenschaften in Hamburg. Ostasien: Gossenberg 2008, S. 31 ff.

32 NN: Hinweise zu Organisation und Personalstruktur des Auswärtigen Dienstes, in: Auswärtiger Dienst - Historischer Dienst (Hg.): Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945, Band 1, A-F. Ferdinand Schöningh: Paderborn 2000, S. XXI ff.; Wippich, Rolf-Harald: Die Gestaltung der Japanpolitik im Auswärtigen Amt des Deutschen Kaiserreiches, in: OAG Notizen 2 (2018) S. 10 ff.

33 Linhart, Sepp: „Niedliche Japaner“ oder Gelbe Gefahr. Westliche Kriegspostkarten 1900-1945. Lit.: Wien/Münster 2005

„Die kaiserliche japanische Regierung erachtet es in der gegenwärtigen Lage für äußerst wichtig und notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um alle Ursachen einer Störung des Friedens im fernen Osten zu beseitigen und das allgemeine Interesse zu wahren, das durch den Bündnisvertrag zwischen Japan und Großbritannien ins Auge gefasst ist, um einen festen und dauernden Frieden in Ostasien zu sichern, dessen Herstellung das Ziel des besagten Abkommens bildet.

Sie hält es deshalb aufrichtig für ihre Pflicht, der kaiserlich deutschen Regierung den Rat zu erteilen, die nachstehenden beiden Vorschläge auszuführen:

1. Unverzüglich aus den japanischen und chinesischen Gewässern die deutschen Kriegsschiffe und bewaffneten Fahrzeuge jeder Art zurückzuziehen, und diejenigen, die nicht zurückgezogen werden können, alsbald abzurüsten.
2. Bis spätestens 15. September 1914 das gesamte Pachtgebiet von Kiautschou bedingungslos und ohne Entschädigung den kaiserlich japanischen Behörden zu dem Zweck auszuantworten, es eventuell an China zurückzugeben.

Die kaiserlich japanische Regierung kündigt gleichzeitig an, dass sie, falls sie nicht bis zum 23. August 1914 mittags von der kaiserlich deutschen Regierung eine Antwort erhalten sollte, die die bedingungslose Annahme der vorstehenden von der kaiserlich japanischen Regierung erteilten Ratschläge enthält, sich genötigt sehen wird, so vorzugehen, wie sie es nach Lage der Sache für notwendig befinden wird.“³⁴

Die Formulierung des Ultimatus orientiert sich deutlich an der Sprachfassung der Tripelintervention aus dem Jahre 1895, die, obwohl von Russland, Frankreich und Deutschland gemeinsam getragen, vom deutschen Geschäftsträger in Japan, Felix von Gutschmid, überreicht wurde und folgenden eigenständigen deutschen Textanhang aufwies:

„Meine hohe Regierung hat mich angewiesen, zu erklären:

„Die Prüfung der japanischen Friedensbedingungen drängt der deutschen Regierung die Überzeugung auf, dass die von Japan verlangte Besitznahme von Liaotung eine constante Bedrohung der Hauptstadt von China sein und gleichzeitig die Unabhängigkeit Koreas illusorisch machen würde, dass sie sich folglich als dauerndes Hindernis für den Frieden Ostasiens darstellt. Deutschland rät daher, auf definitive Besitznahme der Halbinsel zu verzichten.“

Ich bin beauftragt, an vorstehende Erklärung folgende Bemerkung zu knüpfen:

„Japan hat im Verlaufe des gegenwärtigen Krieges mehr als einen Beweis der freundschaftlichen Disposition Deutschlands erhalten. [...] Im Hinblick auf eine wahrscheinliche, durch China erbetene Intervention der Mächte, hat Deutschland damals den unvermittelten Friedensschluss unter billigen Bedingungen für Japan verhältnismäßig am vorteilhaftesten bezeichnet und dabei hervorgehoben, dass die Forderungen einer Gebietsabtretung auf dem Festlande besonders geeignet sein würde, eine Intervention zu

34 Amtliche Kriegs-Depeschen nach Berichten des Wolff'schen Telegramm-Bureaus, Band 1, Berlin 1915, S. 52

provozieren. Japan hat diese uneigennütigen Rathschläge leider nicht beherzigt.

Die jetzigen japanischen Friedensbedingungen sind übertrieben; sie verletzen europäische, auch deutsche Interessen, wenn schon letztere in geringerem Maße.

Die Regierung seiner Majestät des Kaisers ist daher jetzt veranlasst, mit zu protestieren und wird, falls erforderlich, ihrem Protest auch den nöthigen Nachdruck zu geben wissen.⁴ Japan kann daher nachgeben, da Kampf gegen drei Großmächte aussichtslos.“

Jetzt sah Japan eine Gelegenheit, sich für die 1895 erlittene Schmach zu revanchieren. Das erhellt aus einer Rede des langjährigen japanischen Ministerpräsidenten *Itō Hirobumi*. Er sagte im Jahre 1904, nach dem Japan die an der Südspitze der chinesischen *Liaotung*-Halbinsel im Bereich des durch Russland von China gepachteten *Kwantung*-Gebietes gelegene Hafenstadt Port Arthur unter erheblichen Verlusten von Russland erobert hatte:³⁵

„Wir mussten erleben, dass nach unserem siegreichen Krieg gegen China unser vermeintlicher Freund sich mit Russland und Frankreich verbündete, um uns die sauer erworbenen Früchte unseres Sieges zu entreissen. Das Russland, unser natürlicher Gegner in Ostasien, Einspruch erhob, fanden wir begreiflich. Ebenso, dass Frankreich die Seite seines Alliierten ergriff. Aber die durch nichts in unserem Benehmen gerechtfertigte feindliche Haltung Deutschlands musste uns als eine schwere, ja geradezu herausfordernde Beleidigung und als eine durch nichts zu rechtfertigende Einmischung in unsere eigenen Angelegenheiten erscheinen. ... Stellen Sie sich bitte vor, welche Gefühle das deutsche Volk hegen würde und welche Sprache die deutsche Presse hegen würde, wenn nach den Siegen von 1870 ganz unerwartet eine bis dahin befreundete Macht, die auch örtlich weit entfernt ist, nehmen wir die USA, und zwar ohne irgendwelche innere Berechtigung als die der Antipathie, sich mit anderen Mächten verbündet hätte, um die Herausgabe von Elsaß-Lothringen zu erzwingen, zumal wenn Sie dann einige Jahre später bei einem neuen Kriege dasselbe schon einmal eroberte Land unter den furchtbarsten Opfern noch einmal erobern müßten.“

Das Deutsche Reich kam dem Ultimatum nicht nach und antwortete statt dessen im August mit der Generalmobilmachung. Schon am 1. August wurde für das Schutzgebiet *Kiautschou* durch das Amtsblatt desselben der Kriegszustand erklärt. Am 2. August folgte im Amtsblatt die Anordnung der Mobilmachung. Sie galt zunächst nur für die Reserveoffiziere und Reservisten von Armee und Marine im Schutzgebiet. Für die See- und Landwehrlaute 1. und 2. Aufgebots blieb die Entscheidung zunächst vorbehalten. Landwehr und schließlich auch Landsturm wurden aber später aufgeboden, jetzt nicht mehr nur aus dem Schutzgebiet *Kiautschou* selbst, sondern aus allen asiatischen Gebieten, in denen sich deutsche Wehrpflichtige aufhielten. Sie alle wurden angewiesen, sich in *Tsingtau* einzufinden.

Das folgt dem Reichsmilitärrecht aus dem Jahre 1888. Ein Reichsgesetz vom 2. Mai 1874 hatte in Ausführung des Art. 61 der deutschen Reichsverfassung von 1871 die

35 Zitiert nach Ostwald, Paul: Deutschland und Japan. Eine Freundschaft zweier Völker. Junker und Dünhaupt: Berlin 1941, S. 83

Friedenspräsenzstärke der Armee an Unteroffizieren und Mannschaften auf eine Dienstzeit von sieben Jahren (Septennat) festgelegt. Ergänzt wurde dieses Gesetz durch das Gesetz über den Landsturm vom 12. Februar 1875 und das Reichsgesetz vom 15. Februar 1875 über die Ausübung der militärischen Kontrolle über die Personen des Beurlaubtenstandes. Modifiziert wurde das Reichsgesetz schließlich durch die Nachtragsgesetze vom 6. Mai 1880 und 11. März 1887. Zu diesen kam noch das Reichsgesetz vom 11. Februar 1888 betreffend Änderungen der Wehrpflicht hinzu, welches die Landwehr und unter Aufhebung des Gesetzes vom 12. Februar 1875 auch den Landsturm in zwei Aufgebote teilte. Hiernach gehörte der wehrfähige Deutsche 7 Jahre dem stehenden Heer an und zwar 3 Jahre bei den Fahnen, 4 Jahre in der Reserve, die folgenden 5 Jahre der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahrs, in welchem er das 39. Lebensjahr vollendete, der Landwehr zweiten Aufgebots. Die bis dato gültige Einteilung der Ersatzreserve in zwei Klassen fiel weg. Der Landsturm bestand aus den Wehrpflichtigen vom vollendeten 17. bis 45. Lebensjahr, welche weder dem Heer noch der Marine angehörten. Das erste Aufgebot umfasste die Landsturmpflichtigen bis zum 31. März des Kalenderjahrs, in welchem sie ihr 39. Lebensjahr vollendeten, das zweite Aufgebot die Pflichtigen von ebendiesem Zeitpunkt an bis zum Ablauf der Landsturmpflicht.

Erstaunlich ist, dass sich auch viele deutsche Freiwillige aus Ostasien auf den Weg nach *Tsingtau* machten. Wie sie mit ihren Arbeitgebern verblieben, wer die Reisekosten trug und ob das Deutsche Reich sie besoldete, ist unklar. Insgesamt waren zu Beginn der kriegerischen Auseinandersetzung etwa 1.400 Soldaten des III. Seebataillons und 3.400 Soldaten als Reservisten und Freiwillige vor Ort. Dazu sind einige Soldaten aus dem Kaisertum Österreich-Ungarn zu zählen, das mit dem Deutschen Reich verbündet war³⁶.

Am 23. August 1914 erfolgte, wie zu erwarten, nach der Nichteinhaltung des Ultimatums die japanische Kriegserklärung gegen Deutschland, die vom japanischen Geschäftsträger in Berlin überbracht wurde. Der Deutsch-Japanische Krieg (*nichidoku sensō*) hatte begonnen. Schon am 27. August folgte die Blockade der *Kiautschou*-Bucht durch japanische und britische Kriegsschiffe und am 2. September 1914 begannen die Kampfhandlungen. Bereits am 7. November war *Tsingtau*, wie ebenfalls nicht anders zu erwarten, angesichts der Entfernung des Schutzgebietes von Deutschland und der damit zusammenhängenden fehlenden militärischen Logistik, dem Mangel an ausreichend ausgebildeten Soldaten und der Abwesenheit des Ostasiengeschwaders der Deutschen Kriegsmarine, erobert. Es erfolgte die deutsche Kapitulation. Etwa 200 deutsche Soldaten waren gefallen.

2. Deutsche in japanischer Kriegsgefangenschaft

Die übrigen ca. 4.600 deutschen und einige österreichisch-ungarische Soldaten wurden mit japanischen Schiffen noch Ende 1914, teilweise Anfang 1915 nach Japan abtransportiert. Die seinerzeit freien japanischen Kriegsgefangenenlager, die nach dem russisch-japanischen Krieg für russische Kriegsgefangene eingerichtet worden waren, reichten für die Aufnahme dieser großen Zahl nicht aus. Bevor Erweiterungs- und Ergänzungsbauten errichtet waren,

36 Pantzer, Peter/Miyata, Nana (Hg.): Friedrich Kirchner – Mit der S.M.S. Kaiserin Elisabeth in Ostasien. Das Tagebuch eines Unteroffiziers der k.u.k. Kriegsmarine (1913–1920). Böhlau: Wien u.a. 2019

wurden die Kriegsgefangenen in anderen Gebäuden, zumeist Tempeln, über das gesamte Land verteilt, untergebracht. Später trat eine Konzentration auf wenige Lager ein, von denen *Narashino*, *Marugame*, *Bandō* und *Kurume* die Bekanntesten sind.

Die Kriegsgefangenen wurden dabei von Japan weitgehend im Rahmen der übernationalen rechtlichen Vorgaben, d.h. insbesondere der schon genannten Haager Landkriegsordnung von 1907, die Japan im Jahre 1911 ratifiziert hatte, behandelt. Offizielle Besucher der Lager bestätigten dies in ihren Gutachten³⁷. Freilich wurde die individuelle Atmosphäre in allen Lagern von der jeweiligen Lagerleitung bestimmt. So gab es Lager, in denen die Kriegsgefangenen eine große Zahl persönlicher Freiheiten genossen, wie etwa Freigänge, die Erlaubnis zur Errichtung von „Lauben“ genannten separaten Hütten neben den Kasernen auf dem Gelände, Erwerb von Büchern, Werkzeugen, Musikinstrumenten u.a., um eine gewisse persönliche Lebensgestaltung verwirklichen zu können. Infolgedessen gab es in mehreren Lagern Orchester, von denen eines das in der Einleitung erwähnte Konzert der 9. Symphonie von Beethoven aufführte. Ja, sogar Besuche von Ehefrauen und Freudinnen sowie Eheschließungen wurden gestattet. Für solche Lager kann man in der Tat von einer „etwas anderen Kriegsgefangenschaft“ sprechen³⁸. Man sollte sich aber davor hüten, im Verhältnis der betroffenen Deutschen und Japaner eine gefühlsmäßige Nähe zu unterstellen, wie es heute vielfach getan wird, etwa in dem im Jahre 2006 uraufgeführten japanischen Kinofilm „*Barto no rakuen*“, etwa „Paradies der Bärte“, der auf Deutsch unter dem Titel „Ode an die Freude“ angeboten wird.

Insgesamt ist dieses Ereignis der deutsch-japanischen Geschichte weitgehend dokumentiert³⁹.

3. Eroberung der Deutschen Kolonien und Schutzgebiete im Pazifik

Fast zeitlich parallel zum Japanisch-Deutschen Krieg im Pachtgebiet *Kiautschou* erfolgte die japanische Eroberung der deutschen Kolonien und Schutzgebiete im Pazifik, ein Territorium, das auf Japanisch *nan'yo* genannt wurde. Diesem Vorgang gilt jüngst ein gesteigertes wissenschaftliches Interesse, freilich ohne dass alle relevanten Fragen bisher beantwortet sind. So ist noch immer offen, ob dort stationierte deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft verbracht wurden⁴⁰. Japaner waren schon vorher insbesondere als

37 Z.B. Internationales Komitee vom Roten Kreuz (Hg.): Bericht des Herrn Dr. F. Paravicini, in Yokohama, über seinen Besuch der Gefangenenlager in Japan. Georg & Cie: Basel und Genf 1919

38 Krebs, Gerhard: Die etwas andere Kriegsgefangenschaft, in: Overmanns, Rüdiger (Hg.): In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg. Böhlau: Köln 1999, S. 323 ff.

39 Siehe nur die HP von Hans-Joachim Schmidt unter der Adresse <http://www.tsingtau.info> mit erheblichen weiteren Nachweisen

40 Moos, Felix: Dynamics of Colonialism: Japan and Germany in Micronesia, in: Kreiner, Josef (Hg.): Japan und die Mittelmächte. Bouvier: Bonn 1986, S. 97 ff.; Peattie, Mark R.: Nan'yō. The Rise and Fall of Micronesia, 1885-1945. University of Hawaii: Honolulu 1988; Hardach, Gerd: Südsee und Nanyō: Deutsch-Japanische Rivalität in Mikronesien 1885-1920, in: Kreiner, Josef/Mathias, Regine (Hg.): Deutschland-Japan in der Zwischenkriegszeit. Bouvier: Bonn 1990, S. 1 ff.; Leipold, Andreas: Das Kaisers Piraten in der Südsee und im Südatlantik. Der Einsatz deutscher Hilfskreuzer in der ersten Phase des Ersten Weltkrieges. Harrassowitz: Wiesbaden 2018; Maezawa, Yuko: Nan'yō e! In die Südsee! Kulturkontakte und Kulturkonfrontationen zwischen Japanern, Deutschen und Mikronesiern im Ersten Weltkrieg. Harrassowitz: Wiesbaden 2019

Händler in diesen Gebieten stark vertreten. Sie wussten deshalb, dass ein wirksamer militärischer deutscher Schutz nicht vorhanden war. Die Eroberung erfolgte folglich praktisch ohne Blutvergießen. Allerdings waren die Japaner nicht die Einzigen, die sich deutsche Besitztümer im Pazifik aneigneten. Abgekürzt läßt sich sagen, dass Japan alle pazifischen Kolonien und Schutzgebiete Deutschlands nördlich des Äquators vereinnahmte.

4. Feindgesetzgebung

Einer Kriegserklärung folgt in aller Regel die Feindgesetzgebung, d.h. die diplomatischen Beziehungen werden abgebrochen und die Diplomaten zur Ausreise aufgefordert; die bestehenden bilateralen Abkommen gekündigt, die Angehörigen des Feindstaates des Landes verwiesen oder interniert, ihr Vermögen beschlagnahmt, die Rechtsträger ihrer Unternehmen im Handelsregister gelöscht, nachdem die Unternehmen liquidiert, oder die Anteile am Rechtsträger in dritte Hände überführt sind, Verkehrsverbindungen zum Feindesland eingestellt und die Einrichtungen des Feindstaates geschlossen. Eine solche Feindgesetzgebung hat Japan zunächst nur teilweise initiiert, weil Japan seine Kriegsziele mit der Eroberung *Kiautschou* und der deutschen Besitzungen im Pazifik schon erreicht hatte. Sie wurde erst später, und zwar auf britischen Druck hin, verstärkt.

Die deutschen Diplomaten in Japan wurden zur Ausreise aufgefordert und verließen Japan innerhalb weniger Tage. Das Deutsche Reich bat die seit 1864 diplomatisch in Japan vertretene Schweiz um die Wahrnehmung seiner Interessen. Das die Deutsche Botschaft in *Tōkyō* beherbergende Grundstück und Gebäude blieb erhalten. Was mit den seinerzeit noch existenten deutschen Konsulaten in *Yokohama*, *Kōbe*, *Nagasaki* und *Shimonoseki* geschah, ist unklar.

Japan verbot zwei Zeitungen. Die deutschsprachige „Deutsche Japan-Post“ und die englischsprachige „Japan Herald“, die einen deutschen Chefredakteur hatte, der des Landes verwiesen wurde. Beide Zeitungen vertraten deutsche Standpunkte, wobei die englischsprachige ihre Existenz vor allem dem Umstand zu verdanken hatte, dass die öffentliche Meinung in Japan von der englischsprachigen Presse beeinflusst war, so dass die deutsche Seite bewusst unter Einsatz finanzieller Mittel mit dieser englischsprachigen Zeitung ein Gegengewicht bilden wollte.

Im übrigen wurden Deutsche und deutschkapitalisierte Unternehmen in Japan zunächst nicht behindert. Erst unter dem 15. Mai 1917 trat ein Verbot des Handels mit dem Feind⁴¹ in Kraft. Mit ihm wurde für alle Geschäfte mit Deutschen und deutschen Einrichtungen, inklusive deutschkapitalisierten Unternehmen im In- und Ausland für Japaner ein Geschäftsverbot mit vorherigem Zustimmungsvorbehalt (Einwilligung) ausgesprochen. In einer Zusatzbestimmung wurden zudem alle Geschäfte vom Anwendungsbereich der Vorschrift erfasst, die vor Inkrafttreten der Regelung schon abgeschlossen, aber noch nicht erfüllt waren. Sie wurden dem Erfordernis einer nachträglichen Zustimmung (Genehmigung) unterworfen.

41 *taiteki torihiki kinshi rei, chokurei* Nr. 41 vom 24. April 1917, deutschsprachige Übersetzung aus der englischen Sprache bei Ulrich, Leo: Der Wirtschaftskrieg. Die Maßnahmen und Bestrebungen des feindlichen Auslands zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens. Dritte Abteilung: Japan. Gustav Fischer: Jena 1917, S. 165-169

Wie sich der tägliche Einkauf der Deutschen in Japan unter diesen Voraussetzungen abspielte, bleibt dabei ebenso unklar wie die Abwicklung der abhängigen Beschäftigung von Deutschen in Japan. Ebenso ist offen, mit welchen Finanzmitteln der Lebensunterhalt der Deutschen in Japan bestritten wurde, nachdem auch der Zahlungsverkehr mit dem Deutschen Reich dem Zustimmungsvorbehalt unterworfen war. Die in Rede stehende Rechtsgrundlage läßt aber deutlich erkennen, dass die Deutschen nicht zwangsweise repatriert und auch nicht interniert wurden. Das wiederum erklärt zwangslos, warum Deutsche in den Berichten der deutschen Kriegsgefangenen als Besucher der Lager immer wieder genannt werden. Deutsche hatten also nicht nur das Recht, weiter in Japan zu wohnen, sondern sie konnten sich auch frei bewegen.

Zur Enteignung deutschen Vermögens sind die Aussagen in der Geschichtsschreibung uneinheitlich und die Rechtsgrundlage für ein solches Vorgehen wird an keiner Stelle genannt. So heisst es etwa für das Jahr 1920: „Die Firmen und Private erhielten etwa siebzig Prozent ihres beschlagnahmten Eigentums zurück“⁴². An anderer Stelle wird zu einem deutschen Handelsunternehmen in Japan, C. Illies & Co. (*Irisu Shōkai*), ausgeführt, „die Niederlassungen deutscher Firmen in Japan durften zunächst noch Handelsgeschäfte mit neutralen Ländern durchführen, wurden aber im Laufe des Krieges von den japanischen Behörden ohne Ausnahme geschlossen.“⁴³ Die Rechtsträger der meisten deutschkapitalisierten Unternehmen in Japan aber waren keine Niederlassungen im rechtlichen Sinn, sondern hatten eigenständige Rechtsträger und der Begriff „geschlossen“ sagt nichts aus über eine evtl. Beschlagnahme und Verwertung des Vermögens. Schließlich wird behauptet, die gewerblichen Schutzrechte der Deutschen seien 1917 aufgehoben worden⁴⁴. Dabei bleibt offen, ob die Schutzrechte damit in Japan allgemein genutzt werden konnten, oder sie vom japanischen Staat beschlagnahmt und verwertet wurden.

Die 1904 gegründete Deutsche Schule in *Yokohama* und die 1909 gegründete Deutsche Schule in *Kōbe* setzten den Unterricht fort⁴⁵. Die Zahl ihrer Schüler stieg sogar wegen des Zuzuges von Familien aus *Kiautschou*, möglicherweise auch aus den Pazifikinseln. Die Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (OAG) in *Tōkyō* konnte ihren Geschäftsbetrieb auf dem gerade erst erworbenen Grundstück in *Hirakawa chō* fortsetzen⁴⁶. U.a. profitierten die deutschen Kriegsgefangenen vom Ausleihen der Bücher aus ihrer Bibliothek. Im Jahre 1919 wurde das Anwesen indes angeblich konfisziert, aber kurze Zeit später wieder freigegeben.

Auch die deutschsprachige evangelische Kirchengemeinde Kreuzkirche in *Tōkyō* konnte

42 Meissner, Kurt: *Deutsche in Japan 1639-1939. Dreihundert Jahre Arbeit für Wirtsland und Vaterland.* Deutsche Verlags-Anstalt: Stuttgart/Berlin 1940, S. 128

43 Bähr, Johannes/Lesczenski, Jörg/Schmidtpott, Katja: *Handel ist Wandel. 150 Jahre C. Illies & Co.* Piper: München 2009, S. 107.

44 Pauer, Erich: *Japan-Deutschland. Wirtschaft- und Wirtschaftsbeziehungen im Wandel.* Deutsch-Japanisches Wirtschaftsförderungsbüro: Düsseldorf 1985, S. 15

45 Lehmann, Jürgen: *Zur Geschichte der Deutschen Schule Kobe.* OAG: Tokyo 1988

46 Meissner, Kurt: a.a.O., S. 123 und S. 128. Die seit Jahren angekündigte Geschichte der OAG liegt leider noch nicht vor. Sie schafft hoffentlich Klarheit im hier angesprochenen Punkt.

weiter ihre Kirche benutzen. Die Pastoren besuchten regelmäßig die Kriegsgefangenenlager und hielten dort Gottesdienste ab. Über die deutschsprachige katholische Kirchengemeinde ist für diesen Zeitpunkt nichts bekannt⁴⁷. Auch die beiden von Deutschen betriebenen Clubs in *Tōkyō*: *Germania* und *Kōbe*: *Concordia* wurden nicht behelligt. Das ist für Kobe in der Festschrift zum 50. Gründungsjubiläum des Clubs *Concordia* nachzulesen⁴⁸.

Ob Deutsche unter diesen Umständen Japan in Richtung Deutsches Reich verlassen haben, ist unbekannt. Es ist jedoch eher unwahrscheinlich, weil die Gefahr vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen zu werden, auf dem Weg nach und im Deutschen Reich größer war als in Japan selbst. Mitunter ist von einer Emigration von Deutschen aus Japan in neutrale Drittstaaten die Rede.

5. Japanische Verwaltung des Schutzgebietes *Kiautschou*

Schon vor Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen um *Kiautschou* hatte die Deutsche Reichsregierung sich um die Evakuierung von nicht wehrpflichtigen Deutschen nach China bemüht, das am 6. August 1914 seine Neutralität bekundet hatte. Die Deutsche Botschaft in *Peking* und die Konsulate in *Tientsin*, *Shanghai* und *Tsinanfu* waren angewiesen worden, Unterkünfte für diese Personen bereitzustellen. Von der mit Schiff und Eisenbahn erfolgten Evakuierung machte etwa die Hälfte der Betroffenen Gebrauch. Nach dem Abtransport der Kriegsgefangenen nach Japan war die Anzahl der verbliebenen Deutschen in *Kiautschou* damit gering. Die meisten der verbliebenen Nichtkombattanten verließen zwischen 1914 und 1917 auf neutralen Schiffen das Schutzgebiet. Nur ein verschwindend geringer Teil der Deutschen verharrte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Die japanische Besatzungsadministration ließ bis auf ganz wenige Ausnahmen den Neuzug von Deutschen nicht zu, aber – ebenfalls von nur wenigen Ausnahmen abgesehen – zwang sie die verbliebenen Deutschen auch nicht, das Schutzgebiet zu verlassen.

Um seinen Einfluss in China zu stärken, richtete Japan schon am 18. Januar 1915 die berühmt gewordenen 21 Forderungen an China. Die erste Gruppe der Ansprüche befasste sich mit der Übertragung aller Rechte, die das Deutsche Reich im Schutzgebiet *Kiautschou* innegehabt hatte. In der Hoffnung, die westlichen Großmächte würden China zur Seite stehen, wies dieses die Forderungen im April 1915 zunächst zurück. Da sich aber fast alle Großmächte um den Vorgang nicht kümmerten, erneuerte Japan im Mai seine Forderungen und drohte mit militärischen Maßnahmen. Das veranlasste China zur Annahme derselben⁴⁹. Lediglich die USA erklärten, dass sie jeden Vertrag zwischen Japan und China nicht anerkennen würden und verlangten die Rückgabe *Kiautschous* an China. Dabei blieb es indes. Der status quo wurde im

47 Menkhaus, Heinrich: Verein der Förderer der deutschsprachigen katholischen Kirchengemeinde St. Michael Tokyo (1969–2019) – 50. Gründungsjubiläum und Auflösung, in: OAG Notizen 2020.

48 NN: 1879–1929. Geschichte des Club Concordia. Festschrift zum 50. Stiftungsfest. Ohne Verlags- und Ortsangabe, S. 29 ff.; anders Meissner, Kurt: a.a.O., S. 123 und S. 127 f. Seine Ausführungen sind aber zumindest mißverständlich, weil er einerseits davon spricht, dass unter dem 27. November 1919 die Wiedereröffnung des Clubs *Germania* erlaubt wurde, andererseits aber sagt, dass der Zwangsverkaufserlös beider Clubs gänzlich ausgekehrt wurde.

49 Jenzowski, Siegfried: Die chinesisch-japanischen Boykottfälle als völkerrechtliches Problem. Juristische Dissertation: Universität Köln 1939, S. 16 ff.

Austausch der sog. Lansing Ishii-Noten zwischen den USA und Japan im November 1917⁵⁰, die von einer „open door“-Politik für alle Staaten im Hinblick auf China sprechen, festgeschrieben.

Ob und inwieweit die Feindgesetzgebung Japans gegenüber dem Deutschen Reich und seinen Staatsangehörigen auch für das Schutzgebiet *Kiautschou* erfolgt ist, insbesondere, ob es zu Enteignungen deutschen Vermögens und deutschkapitalisierter Unternehmen kam, ist, soweit ersichtlich, nicht untersucht.

6. Japanische Verwaltung der deutschen Kolonien und Schutzgebiete im Pazifik.

Noch weniger untersucht ist die Durchsetzung der Feindgesetzgebung Japans in den ehemaligen deutschen Pazifikgebieten.

7. Verhandlungen zu einem Sonderfrieden

Nachdem das Deutsche Reich aus seinen Positionen in Ostasien und im Pazifik verdrängt war und – wie man richtig vermutete, Japan damit sein eigentliches Kriegsziel erreicht hatte –, besann man sich im Auswärtigen Amt geopolitischer Modelle, die ein Zusammengehen des Deutschen Reiches mit Russland und Japan gegen das Vereinigte Königreich vorsahen und versuchte Verhandlungen über einen Separatfrieden mit Russland und Japan in den Jahren 1915/16. Man machte Russland und Japan in getrennten Gesprächen Versprechungen, die allerdings nicht in deren gemeinsamen Interesse lagen. Japan solle entschädigungslos das Schutzgebiet *Kiautschou* erhalten und Russland als Bollwerk gegen die „Gelbe Gefahr“ aufgebaut werden. Es war den Verantwortlichen des Deutschen Reichs nicht bekannt, dass Russland und Japan miteinander in enger Kommunikation standen und durch die sog. „Londoner Deklaration“ aus dem Jahre 1914, der Japan im Jahre 1915 beigetreten war, miteinander verbunden waren. In dieser hatte es sich neben dem Vereinigten Königreich und Frankreich verpflichtet, keinen Separatfrieden zu schließen. So führten die deutschen Vorstöße gegenüber beiden Staaten nur dazu, dass Russland und Japan sich näher kamen und 1916 ein Bündnis miteinander schlossen⁵¹.

8. Zusammenfassung

Infolge des Deutsch-Japanischen Krieges ging der ostasiatische und pazifische Kolonialbesitz des Deutschen Reiches verloren. Die diplomatischen Beziehungen mit dem Großjapanischen Reich waren beendet. Die persönliche und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der deutschen Staatsangehörigen aber wurde in Japan auf Grund mangelnder Feindgesetzgebung zunächst gar nicht und später nur auf Druck des mit Japan verbündeten und mit dem Deutschen Reich ebenfalls im Krieg befindlichen Vereinigten Königreiches eingeschränkt. Tatsächliche Beschränkungen der Handlungsfreiheit waren aber wegen der Kriegssituation auch von Japan

50 Carnegie Endowment for International Peace (Ed.): *The Imperial Japanese Mission 1917*. Byron S. Evans: Washington D.C. 1918, S. 121-125

51 Zum Ganzen Prinz, Lore Emma: *Deutsche Ostasienpolitik. Ihre Ergebnisse und Versäumnisse unter besonderer Berücksichtigung des deutsch-japanischen Verhältnisses vor dem Ersten Weltkrieg*. Diss. München 1945; Hayashima, Akira: *Die Illusion des Sonderfriedens. Deutsche Verständigungspolitik mit Japan im Ersten Weltkrieg*. Oldenbourg: München 1982; Pantzer, Peter: *Deutschland und Japan vom Ersten Weltkrieg bis zum Austritt aus dem Völkerbund (1914-1933)*, in: Kreiner, Josef (Hg.): *Deutschland – Japan. Historische Kontakte*. Bouvier: Bonn 1984, S. 141 ff.

nicht zu verhindern. Insgesamt fehlt es aber an einer brauchbaren Untersuchung der Situation der Deutschen im seinerzeitigen Großjapanischen Reich und in den durch Japan eroberten Gebieten *Kiautschou* und im Pazifik. Die deutschen Kriegsgefangenen wurden in Japan weitgehend in Übereinstimmung mit dem übernationalen Recht behandelt, in einigen Lagern kam man ihren Selbstverwirklichungsabsichten weitgehend entgegen.

IV. Folgegeschichte

1. Friedensvertrag

Am 11. November 1918 wurde vom Deutschen Reich⁵² der Waffenstillstand unterzeichnet. Es begannen die Friedensverhandlungen in Versailles, an denen das Deutsche Reich nicht beteiligt war. Japan hingegen nahm als Siegermacht teil. Es gehörte freilich nicht zu den Staaten, die die entscheidenden Fragen diskutierten. Es konnte sich auch mit seinem Vorschlag auf Verankerung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Völker im Vertragstext nicht durchsetzen⁵³.

Der Friedensvertrag legte die alleinige Verantwortung des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten fest, verlangte Gebietsabtretungen, nötigte zur Abrüstung und verpflichtete zu erheblichen Reparationszahlungen an die Sieger. Er wurde am 28. Juni 1919 unterzeichnet und trat am 10. Januar 1920 in Kraft⁵⁴. Er veränderte die territoriale Aufteilung der Erde nachhaltig und ließ Deutschland als unzufriedene Macht zurück, was den Keim für die nachfolgenden militärischen Auseinandersetzungen im Zweiten Weltkrieg legte.

Das Großjapanische Kaiserreich bekam das ehemals deutsche Schutzgebiet *Kiautschou* ebenso wie die ehemaligen deutschen Besitzungen nördlich des Äquators im Pazifik als sogenannte Mandatsgebiete des durch den Friedensvertrag neu gegründeten Völkerbundes zugesprochen. Aber *Kiautschou* musste infolge der Washingtoner Verträge schon 1922 an China zurückgegeben werden⁵⁵. Auch die militärische Beteiligung Japans an der sog. Sibirien-Intervention ab 1918, die sich gegen die Folgen der bolschewistischen Revolution in Russland richtete und in deren Folge Japan zweitweise bis zu 70.000 Soldaten in Ostsibirien im Einsatz hatte, wurde 1922 auf Druck der USA abgebrochen, weil Japan verdächtigt wurde, weitergehende territoriale Pläne für Russland zu hegen⁵⁶.

Aus der Konkursmasse der deutschen Streitkräfte erhielt Japan einige Waffen. Darunter willkommene, weil als weit entwickelt geltende U-Boote.

52 Ob mit der vorher erfolgten Abdankung des Deutschen Kaisers und der seines designierten Nachfolgers schon das Ende der Monarchie erreicht war und damit die Bezeichnung als Reich in Frage gestellt werden muss, bleibt hier unbeantwortet. Wie schon ausgeführt ist rechtlich ungeklärt, was einen Staat zum Reich macht.

53 Murakami, Hyoe: Japan. The Years of Trial 1919-1952. Kodansha International: Tokyo 1982; Shimazu, Naoko: A Cultural History of Diplomacy: Reassessing the Japanese ‚Performance‘ at the Paris Peace Conference, in: Zachmann, Matthias (Hg.): Asia after Versailles. Asian Perspectives on the Paris Peace Conference and the Interwar Order, 1919-1933. Edinburgh University Press: Edinburgh 2017/18, S. 101 ff.

54 Reichsgesetzblatt 1920, S. 31 ff.

55 Taft, Henry W.: Japan and the Far East Conference. The Macmillan Company. New York 1921

56 Saaler, Sven: Japan und Deutschland im Ersten Weltkrieg, in: OAG Notizen 12 (2014) S. 11 ff.

Die deutschen Kriegsgefangenen wurden 1920 entlassen. Da Deutschland die Verlierermacht war, hatte Deutschland selbst für den Heimtransport zu sorgen, der angesichts der kriegs- und revolutionsbedingten desolaten Lage Deutschlands auf sich warten ließ. Die Freigelassenen konnten sich entscheiden, ob sie in Japan bleiben, nach Deutschland transportiert oder in Drittstaaten übersiedeln wollten. Einige blieben in Japan und gründeten Unternehmen, die noch heute in Japan erfolgreich sind, wie z.B. Karl Juchheim, berühmt für seinen Baumkuchen und August Lohmeyer, bekannt für seine Wurst- und Fleischwaren.

Einige der Kriegsgefangenen nutzen die lange Zeit in japanischer Kriegsgefangenschaft zum Erlernen der japanischen Sprache und Schrift und erweiterten später die Kenntnisse über Japan im deutschen Sprachraum. Das Fazit einer dieser Personen, Fritz Rumpf, später beim Berliner Japaninstitut tätig, dürfte allerdings charakteristisch für die Sicht der deutschen Kriegsgefangenen über ihre Zeit im Lager sein:⁵⁷

„Um 5 Lebensjahre hat uns die hohe deutsche Politik mit ihrem blödwitzigen Kurs betrogen, die gibt uns niemand wieder, bezahlen kann sie erst recht niemand.“

2. Diplomatische Beziehungen, Handels- und Schiffahrtsvertrag

Das japanische Verbot des Handels mit dem Feind wurde bereits im Jahre 1919 außer Kraft gesetzt⁵⁸. Das Schicksal der bilateralen Abreden mit dem Deutschen Reich richtete sich nach Art. 299 a) Satz 1 des Versailler Vertrages. Danach gelten Verträge zwischen Feinden als in dem Zeitpunkt aufgehoben, in dem die Vertragsstaaten Feinde geworden sind. Es ist also davon auszugehen, dass die in Rede stehenden Abreden im Jahre 1914 außer Kraft getreten sind.

Die diplomatischen Beziehungen mussten folglich neu begründet werden. Das geschah im Jahre 1920.

Da eine Rechtsgrundlage für den Handel fehlte, wurden Verhandlungen für einen neuen Handels- und Schiffahrtsvertrag aufgenommen. Dessen Abschluss standen indes monopolartige Farbexporte der I. G. Farben aus Deutschland nach Japan entgegen, was im Jahre 1924 mit einem Farbeinfuhrverbot durch Japan beantwortet wurde. 1926 konnte indes ein Deutsch-Japanisches Farbenabkommen⁵⁹ unterzeichnet werden, in dem sich das genannte deutsche Unternehmen verpflichtete, nur die Farben nach Japan zu exportieren, die Japan nicht selbst herstellen konnte. Auf diese Weise wurde der Weg frei für das neue Handels- und Schiffahrtsabkommen aus dem Jahre 1927⁶⁰.

57 Zitiert nach Walravens, Hartmut: Kriegsgefangenschaft in Japan, in: Deutsch- Japanisches Zentrum Berlin (Hg.): Du verstehst unsere Herzen gut. Fritz Rumpf (1888-1949) im Spannungsfeld der deutsch-japanischen Kulturbeziehungen. VCH: Weinheim 1989, S.52

58 *Chokurei* 415/1919 vom 20.11.1919

59 Text abgedruckt unter

https://www.jacar.archives.go.jp/aj/meta/imageen_B13090981400?IS_KIND=SimpleSummary&IS_STYLE=eng&IS_TAG_S1=InfoSDU&IS_KEY_S1=dystuffs%201926&

60 Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Japan vom 20. Juli 1927, Reichsgesetzblatt II, S. 1087 ff.

3. Wissenschaftsaustausch

Der deutsch-japanische Krieg hatte nachhaltige Einflüsse auf den bilateralen Wissenschaftsaustausch gezeitigt. Das Deutsche Reich akzeptierte nach der japanischen Kriegserklärung keine japanischen Studierenden und Forscher mehr. Als Beispiel sei das Gebiet der Rechtswissenschaften genannt. Das deutsche Recht genoss in Japan angesichts der durch Gründung des Zweiten Deutschen Kaiserreichs 1871 erfolgten Rechtsvereinheitlichung großes Interesse, weil Japan in etwa zeitgleich an einer Modernisierung seines Rechtssystems arbeitete um die Revision der „ungleichen“ Verträge zu erreichen.

Nach der japanischen Kriegserklärung an das Deutsche Reich sah sich die Redaktion einer der führenden juristischen Fachzeitschriften des Deutschen Reichs, der Deutschen Juristen-Zeitung, im Anschluss an einen Aufsatz über den „Einfluß Deutschlands auf das japanische Recht“ zu folgender Einlassung berufen⁶¹:

„Der Verf. dieses Artikels hat in klarer und überzeugender Weise festgestellt, wie sehr sich gerade die Japaner für die deutsche Rechtswissenschaft ‘interessiert‘ haben. Das von manchen Seiten früher abfällig beurteilte Wort unseres Kaisers von der ‘Gefahr der gelben Rasse’ hat sich, wie wir sehen, tatsächlich in buchstäblicher Weise erfüllt. Auch die größten Kriege gehen vorüber. Wir sollten uns aber diese Verhaltensweise der Japaner merken, und vor allem, deutsche Rechtswissenschaft und deutsche Gelehrtenwelt, auch deutsche Universitäten, sollten den Zutritt zu unseren Hörsälen und wissenschaftlichen Kreisen künftig den Leuten versperren, die versuchen, in dieser habgierigen Weise sich an unserem Lande zu bereichern.“

Um den zum Erliegen gekommenen wissenschaftlichen Austausch wieder zu beleben und erneut japanische Studierende und Forscher nach Deutschland schicken zu können, war Japan, das während des Krieges seine Wirtschaftsleistung ganz erheblich hatte steigern können, nach dem Kriege bereit, die deutsche Wissenschaft finanziell zu unterstützen. Die 1920 gegründete Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (heute: Deutsche Forschungsgemeinschaft) wurde das Sammelbecken für japanische Gelder⁶².

So konnte dann der bedeutende japanische Zivilrechtler, Professor an der juristischen Fakultät der staatlichen Universität *Kyōto*, *Okamatsu Santarō* (1871-1921), 1921 in Berlin sagen:⁶³

„Da ich vor 25 Jahren gerade hier in Berlin ... Jura studiert habe, so möchte ich das Wort erbitten, um als Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Tokio im Namen

61 Die Schriftleitung, in: Deutsche Juristen-Zeitung 1914, Spalte 1072

62 Friese, Eberhard: Japanisches Mäzenatentum nach dem Ersten Weltkrieg: Hajime Hoshi und seine Stiftungen für die deutsche Wissenschaft. Ein vorläufiger Bericht, in: Park, Sung-Jo Krempien, Rainer(Hg.): Referate des V. Deutschen Japanologentages vom 8.-9. April 1981 in Berlin. Brockmeyer: Bochum 1983, S. 102-109

63 Zitiert nach Ostwald, a.a.O., S. 47 ff. Bei Ostwald heißt der Sprecher versehentlich Okumatsu und sein Vorname fehlt.

meiner Fakultät den hier versammelten deutschen Gästen meine herzlichste Dankbarkeit kundzutun für das, was wir Japaner von der deutschen Wissenschaft gelernt haben.

Politik und Diplomatie haben nichts mit der Wissenschaft und dem geistigen Verkehr zu tun; deshalb hat auch der Weltkrieg nichts mit den innigen Empfindungen der japanischen Gelehrtenwelt für die deutschen Wissenschaften zu ändern vermocht. Er zeigte uns im Gegenteil noch deutlicher als vorher, wie sehr unser geistiges Leben auf die Verbindung mit Deutschland angewiesen ist.

Sie werden sich kaum vorstellen können, welcher Heißhunger nach deutschen Büchern bei uns eintrat, als Anfang 1915 deren direkter Bezug aus Deutschland unmöglich geworden war. Wir wandten uns damals an schweizerische, holländische und amerikanische Buchhandlungen, um die Fühlung mit der deutschen Wissenschaft, trotz der hohen Porti (nicht abreissen zu lassen)⁶⁴, denn wir konnten auch die umfangreichsten Werke nicht auf dem Frachtwege, sondern nur als Postpakete kommen lassen.

Nachdem aber Ende 1916 die englische Blockade Deutschland gänzlich von der Außenwelt isoliert hatte, hörte auch für Japan der Bezug deutscher Bücher völlig auf. Und als mit dem Aufheben des Kriegszustandes die große Buchhandlung Maruzen in Tokio Kisten auf Kisten voll deutscher Bücher importierte, war in wenigen Wochen der ganze Vorrat ausverkauft. Die Bücher flogen nur so, wie man in Japan sagt.

...

In der früheren Friedenszeit hörte ich gelegentlich mit lebhaftem Bedauern, dass japanische Studenten und Gelehrte an einzelnen Universitäten und Instituten ... ungerne aufgenommen oder nicht zur Laboratoriumsarbeit zugelassen würden. Auch jetzt haben vor einigen Monaten hier weilende japanische Mediziner sich bei der Akademie in Tokio über ähnliche Vorkommnisse beklagt, die man deutscherseits mit der Gegnerschaft Japans während des Krieges begründet haben soll. Dem aber möchte ich keinen Glauben schenken. Denn wir Akademiker denken zu hoch von den deutschen Wissenschaftlern, um ihnen zuzutrauen, daß sie sich auf ihrem eigensten Gebiet durch politische Motive beeinflussen lassen würden, und besonders ist die wissenschaftliche Freundschaft zwischen Deutschland und Japan viel zu innig, als daß sie durch Staatspolitik mehr als vorübergehend erschüttert werden könnte.“

So nahm die Anzahl der japanischen Studierenden und Wissenschaftler in Deutschland langsam wieder zu⁶⁵. 1923 wurde zudem in Japan die deutschsprachige „Japanisch-Deutsche Zeitschrift für Wissenschaft und Technik“ gegründet, die insbesondere deutschen Wissenschaftlern eine Veröffentlichungsplattform bot. 1926 folgte die Gründung des Deutschen Japaninstituts in Berlin, 1927 gefolgt von der Gründung des Japanisch-Deutschen Kulturinstituts (*Nichidoku Bunka Kyōkai*) in Tōkyō⁶⁶.

64 Ergänzung durch den Verfasser

65 Katō, Tetsurō: Personal Contacts in Japanese-German cultural relations during the 1920s and early 1930s, in: Spang, Christian W. / Wippich, Rolf-Harald (Hg.): Japanese-German Relations, 1895-1945. War, diplomacy and public opinion. Routledge: Oxon/New York 2006, S. 119-138

66 Zum Ganzen Friese, Eberhard: Einige Gedanken zur deutsch-japanischen Kulturarbeit der 20er Jahre und zur Gründung des Berliner Japaninstituts, in: Deutsch-Japanische Gesellschaft Berlin (Hg.): Japan-Deutschland. Wechselbeziehungen. Ausgewählte Vorträge der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Berlin 1985 und 1986. Deutsch-Japanische Gesellschaft Berlin: Berlin 1987, S. 10 ff.; ders. „Das Verständnis

4. Zusammenfassung

Nach dem Friedensvertrag von Versailles mussten die Beziehungen zwischen Japan und Deutschland neu aufgebaut werden. Für Japan waren dabei augenscheinlich die Beziehungen auf wissenschaftlichem wichtiger als die auf wirtschaftlichem Gebiet. Das erklärt sich aus der durch den Weltkrieg selbst verursachten enormen Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Japans. Für Deutschland bedeutete die Stärkung des wissenschaftlichen Austausches eine Chance, die nach wie vor mangelhaften Kenntnisse über Japan zu verbessern.

V. Ergebnis

Der Erste Weltkrieg brachte die neue Weltmacht USA in Stellung; Deutschland verlor zusammen mit seinen Kolonien und Schutzgebieten unter den Großmächten an Bedeutung; Japan wurde noch nicht als Großmacht akzeptiert. Infolgedessen schwankte die deutsche Politik in der Folge bei der Frage nach dem richtigen Partner in Ostasien immer wieder zwischen Japan und China. Japan setzte seine Expansionspolitik in Ostasien unbeirrt weiter fort. Die völkerrechtlichen Einschränkungen hielten nicht lange.

Insgesamt sind die Geschehnisse des hier behandelten Zeitraumes bei weitem noch nicht ausreichend geklärt. Das gilt insbesondere für eine Betrachtung aus juristischer Perspektive.

fördern und dem Frieden dienen ...“. Gründung und Ambiente der Deutsch-Japanischen Kulturinstitute in Berlin (1926) und Tokyo (1927), in: Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin (Hg.): Essay zur Einweihung des Gebäudes der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin-Tiergarten am 8. November 1987. Deutsch-Japanisches Zentrum Berlin: Berlin 1987